



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/281 - 5.12.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Zur Verschiebung der dritten Lesung	S. 1
lateinamerikanischer Antiamerikanismus	S. 3
Verwaltungsaufteilung in Nordrhein-Westfalen	S. 5
Der Streit um Hitlers Nachlass	S. 6

## Umfall - von einer Stunde zur andern

P.R. Am Donnerstag, den 4. Dezember 1952, ereignete sich im Bundestag der überaus seltene Fall eines politischen Wunders. Geführt von der CDU, beschlossen die Regierungsparteien, noch vor der dritten Lesung, also vor der politischen Entscheidung im Bundestag, das Bundesverfassungsgericht in einem Verfassungsstreit zwischen der Mehrheit und der Minderheit des Bundestages zu bemühen und dessen Entscheidung abzuwarten. Es geht dabei um die Frage, ob die Verträge einer Zwei-Drittel-Mehrheit und der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.

Dies geschah, obwohl bis zu dieser Stunde der Kanzler und die Regierungsparteien mit aller Gewalt auf dem Vorrang der politischen Entscheidung im Parlament bestanden und die sofortige Ratifizierung verlangt hatten. Auch war in Dutzenden von Verlautbarungen regierungsamtlicher Seite und unzähligen Artikeln in regierungsfreundlichen Zeitungen der gleiche Standpunkt vertreten worden - von dem Tage an, als vor Monaten der Kanzler erklärt hatte, die Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes sei schädlich und unnütz.

Am Donnerstag nachmittag hiess es plötzlich, Adenauer werde eine Pressekonferenz abhalten. Man wartete fünf Viertelstunden, bis der Bescheid kam: später. Aber es wurde nichts daraus. Dafür hielt gegen 21.00 Uhr der Fraktionsvorsitzende der CDU,

Dr. von Brentano, im Mantel, den Hut in der Hand, im Vorraum des Bundestages einen improvisierten Stehkonvent ab, einigermaßen erregt, sehr polemisch gegen die SPD und wenig überzeugend. Die Journalisten lächelten Maliziös und machten sich Notizen. Irgendjemand fragte, weshalb, denn die CDU gerade heute und so überraschend diese "Initiative ergriffen" habe, wie es in einer schriftlichen Verlautbarung dieser Partei hiess. Darauf wusste Herr von Brentano keine Antwort.

Andere wussten sie und es gibt auch für den, der nach den Motiven sucht, keine andere, die einigermaßen einleuchtet: Es waren in letzter Zeit zunehmend schlechte Nachrichten aus Karlsruhe eingetroffen, die sich am Donnerstag zu einer dringenden Warnung an die Regierung verdichteten, es werde in der Frage des Gutachtens im Sinne der Regierung vermutlich nicht gut abgehen. Das wurde, inoffiziell und diskret, aber sehr nachdrücklich, auch konkretisiert. Hinzu kam der Verlauf der Debatte im Bundestag selbst, die gar nicht den Wünschen des Kanzlers entsprochen hatte. Von der SPD ganz abgesehen, deren Redner ihm nichts schenkten, war der Tenor auch vieler Regierungssprecher alles andere als erfreulich für den Kanzler, auch dort, wo es am Schluss solcher von Bedenken und Vorbehalten strotzender Ausführungen hiess: "... stimmen wir trotzdem den Verträgen zu".

In der Sache bedeutet der von den Regierungsparteien nun gewählte Ausweg den Versuch, das vom Bundespräsidenten angeforderte Gutachten ebenso abzuwenden wie eine neue Feststellungsklage der SPD nach der dritten Lesung und dafür selbst mit dem Antrag auf eine bundesgerichtliche Entscheidung im Verfassungsverstreit zwischen der Mehrheit und der Minderheit des Bundestages zuerst zum Zuge zu kommen. Dieses Anliegen geht nach dem Katalog der Aufgabenteilung beim BVerfG an den Zweiten Senat, eine Tatsache, von der, wir sind sicher: zu unrecht, die Regierung sich etwas Besonderes zu versprechen scheint.

Politisch betrachtet ist der Entschluss der Regierungsparteien, die dritte Lesung zu vertagen, das klare Eingeständnis einer schweren politischen Niederlage. Denn darauf kam es ihnen ja bisher immer an, die politische Entscheidung vor einem Spruch des Bundesverfassungsgerichtes zu fällen. Dabei zu bleiben, hat der Kanzler, auf den das ganze Ausweichmanöver zurückgeht, nun nicht mehr gewagt - unter der Wucht der Gegenargumente, unter der damit in der breitesten Öffentlichkeit erzielten Wirkung, unter der stimmungs-, wenn auch weniger ziffernmässigen Brüchigkeit der Koalition und vor allem im Hinblick auf die zu erwartende Haltung des Bundesverfassungsgerichtes.

Dass dieser totale Unfall sich ohne jede Einleitung und Vorbereitung und ohne jede einigermaßen glaubhafte Begründung von einer Stunde auf die andere vollzog, wiegt umso schwerer. Es wäre wohl falsch, zu glauben, hier bahne sich beim Kanzler und seinen Parteien ein Gesinnungswandel in Richtung auf eine grössere Respektierung verfassungsrechtlicher Gegebenheiten an. Es ist im Grunde nichts anderes als der Versuch, durch einen Advokatenkniff dem politischen Gegner zuvorzukommen.

USA in Lateinamerika nicht gern gesehen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Lateinamerika gilt in Europa allgemein als eine Art halbwilder Erdteil und Schauplatz unendlicher kleiner Staatsstrieche, deren Sinn und Tragweite selten klar definierbar sind. Die bekannten "revolucioncitas" (zu deutsch Revolutiönchen) erscheinen in einem oftmals operettenhaften Charakter, und man mißt ihnen daher selten eine Bedeutung bei, die die Grenzen des betreffenden Staates überschreiten.

In Wahrheit haben diese vielfach mit den Waffen kleiner Armeen ausgefochtenen politischen Kämpfe natürlich ihren politischen und sozialen Hintergrund. Mitunter aber handelt es sich gar nicht um kleine oder größere Revolutionen, sondern um politische Bewegungen, die auch dann populären Charakter haben können, wenn sie an sich keineswegs von demokratischem Geiste getragen sind. Ein Musterbeispiel hierfür ist der Wahlsieg des früheren Diktators Ibáñez in Chile, dessen Erfolg unzweifelhaft eine Ausdehnung des Einflusßbereiches des argentinischen Staatschefs Perón in Lateinamerika darstellt.

Geschichtlich begründet

Beide Bewegungen haben - in Chile wie in Argentinien - einen ausgesprochen Oppositionscharakter gegenüber den Vereinigten Staaten. Tatsächlich hat Ibáñez bereits die Kündigung des Verteidigungsabkommens mit den Vereinigten Staaten und Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen mit den östlichen Volksdemokratien angekündigt. Der Antiamerikanismus ist in Lateinamerika an sich keine Neuigkeit, sondern geschichtlich und wirtschaftspolitisch begründet. Die Ausbeutung der Bodenschätze, die Gründung<sup>en</sup> moderner industrieller Unternehmungen und Plantagen sind zum übergroßen Teil der Initiative nordamerikanischer Unternehmer zu danken, die wie alle Unternehmer bis auf den heutigen Tag den Vorteil billiger Arbeitskräfte ausnutzen, wo immer das möglich ist. Der "Yankee", das ist für den Lateinamerikaner ein Kapitalist, ein nicht immer taktvoller Diplomat oder bestenfalls ein leitender Ingenieur, der ein Vielfaches der landesüblichen Gehälter verdient.

Im Verlauf der Emanzipationsbestrebungen von der nordamerikanischen Kapitalismacht, und mitunter auch politischem Einfluß, haben sich nun aber ganz verschiedene Tendenzen herausgebildet. Die erfolgreiche

mexikanische Revolution hat es fertig gebracht, die Verselbständigung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens so durchzuführen, daß trotzdem gute Beziehungen zu Nordamerika bestehen blieben. In Bolivien versucht eine Regierung, die sich auf sehr verschiedenartige politische Strömungen stützt, sich durch die Nationalisierung des Aussenhandels von dem bisher vorherrschenden Einfluß amerikanischen Kapitals auf die Ausbeutung der Zinngruben freizumachen und den indianischen Arbeitern in diesen Gruben ein höheres Lebensniveau zu verschaffen.

#### Das Streben nach Autarkie

Sehr unterschiedlich von diesen Nationalbewegungen, die sich zum größten Teil auf der sozialen Emanzipationsbestrebung der "Indios" gründen, sind die antiamerikanischen Strömungen in Argentinien, Chile und, in gewissem Ausmaße auch in Brasilien. Die Politik des argentinischen Präsidenten Perón geht darauf hinaus, sich durch Industrialisierung dieses immer noch vorwiegend landwirtschaftlichen Landes zu verselbständigen. Daher herrscht in Argentinien eine Art Planwirtschaft, deren Ergebnisse allerdings sehr diskutierbar sind. In Brasilien wehrt man sich gegen den Einfluß amerikanischen Kapitals - und amerikanischer Technik - bei der Ausbeutung der reichen Ölvorkommen. Kein Zweifel, daß auch der neue chilenische Präsident Ibáñez mit einem ähnlichen Autarkieprogramm hervortreten wird.

#### Peróns ehrgeizige Pläne

Die politische Zielsetzung des argentinischen Peronismus aber geht viel weiter. Sie geht auf die Bildung eines antiamerikanischen Blocks lateinamerikanischer Staaten aus, dessen Führung Perón zufallen würde. Dabei versucht man, auch auf sozialpolitischem Gebiete vorzustoßen. Die staatlich kontrollierten "Gewerkschaften" Argentinians haben schon mehrfach den Versuch gemacht, eine übernationale lateinamerikanische Organisation ins Leben zu rufen und somit die lateinamerikanische Arbeiterschaft vor ihren faschistischen Karren zu spannen. Die freien Gewerkschaften Lateinamerikas stehen daher vor der keineswegs leichten Aufgabe, sowohl den kommunistischen Einfluß auf die Arbeiterschaft als auch den Peronismus zu bekämpfen und den Gedanken der sozialen Verbundenheit der Arbeiterschaft von Nord- und Südamerika zu propagieren.

+ + +

Provinziallandtage in neuer Form

## Vorstufe zur Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen

rw.Düsseldorf

Das Land Nordrhein-Westfalen will mitten in seiner föderalistisch zum "Staat" erhobenen Struktur noch einmal eine Zweiteilung vornehmen: Rheinland und Westfalen sollen weitgehende Verwaltungselbständigkeit in Form von Landschaftsverbänden erhalten. Die alten Provinziallandtage werden voraussichtlich bis zum 1. April 1953 in neuer Form wieder erstehen. Ihr politischer Charakter aber wird sehr stark verschwunden sein, wenn den Provinziallandtagen früher überhaupt so etwas wie politischer Charakter zukam. Was in Nordrhein-Westfalen jetzt beabsichtigt wird, ist ein reiner Zweckverband zur Erledigung von gemeinsamen Aufgaben.

Diese wohlweisliche Beschränkung und damit die Abkehr von föderalistischen Aufspaltungstendenzen politischer Art hat es auch der nordrhein-westfälischen SPD ermöglicht, ihre eifrige, ideenreiche Mitarbeit an der Gestaltung der Landschaftsverbände in die parlamentarische Waagschale zu werfen. Der in jahrelangen Ausschussverhandlungen zusammengestellte Aufgabenkatalog für die kommenden Landschaftsverbände weist denn auch deutliche Spuren der SPD-Mitarbeit aus. Es geht der SPD um die möglichst aufgeschlossene Fürsorge für den Menschen in Not, für die Kranken und Hilfsbedürftigen, für die Wohlfahrtsempfänger und alle, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Fürsorge im Vordergrund

Die neuen Landschaftsverbände übernehmen die Verwaltungsaufgaben in der Wohlfahrtspflege, der Jugendwohlfahrt und der Gesundheitspflege. Sie sind Landesfürsorgeverbände. Nach Massgabe der gesetzlichen Vorschriften haben sie Landesjugendämter, Fürsorgeerziehungsbehörden und Hauptfürsorgestellen für Schwerbeschädigte und Kriegshinterbliebene zu errichten. Zu ihren Aufgaben gehören ferner die Unterstützung der Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege. Die Landschaftsverbände können ausserdem die Trägerschaft von Spezialkrankenhäusern und Heilstätten sowie von Ausbildungsstätten für Volkspfleger und Volkspflegerinnen übernehmen.

Aus diesem Katalog geht die enorme Wichtigkeit der neuen Ver-

waltungsbehörden hervor. Die frühere Provinzialverwaltung Westfalen in Münster hatte nie aufgehört zu arbeiten. Dagegen war die Arbeit der Provinzialverwaltung Rheinland eingestellt worden und ist auf die Ministerien der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen übergegangen. Es bestand so eine Zweiteilung der Verwaltung und einige Ministerien in Düsseldorf waren mit den Verwaltungsaufgaben für das Rheinland überlastet, die in Münster für Westfalen von der Provinzialverwaltung erledigt wurden.

#### Zusammenlegung der Ministerien?

Die neuen Landschaftsverbände haben neben den sozialen noch wirtschaftliche und Verkehrsaufgaben und Aufgaben der Kultur- und Heimatpflege. Zahlreiche, bisher in Düsseldorf Ministerien erledigte Aufgaben gehen auf die neuen Verbände über. Auch die umzubildende Provinzialverwaltung in Münster wird noch einiges zu dem bisher verwalteten hinzubekommen. Damit rücken die Gesichtspunkte für die Verwaltungsreform wirklich in ein neues Licht. Es wird im kommenden Jahr nach der vollzogenen Verwaltungsübertragung genau zu prüfen sein, welchen Umfang die Düsseldorfer Ministerien tatsächlich noch haben. Sollten dann mit gutem Gewissen Zusammenlegungen von Ministerien verantwortet werden können - immer wieder vor allen aus dem Blickwinkel und den Notwendigkeiten des hilfsbedürftigen und des arbeitenden Menschen her gesehen - dann wird die SPD die erste Partei sein, die Einsparungs- und Reformvorschläge konkreter Art unterbreiten wird. Zunächst einmal aber gilt es, den bevorstehenden Schritt so verantwortungsvoll wie nur möglich zu gehen und eine neue Verwaltungsbehörde aufzubauen, deren höchstes Gebot tatsächlich die Hilfe für die Bevölkerung allgemein und für die Bedürftigen insbesondere sein muss.

+ + +

#### Der Erbschaftsstreit

R.G. Wenn ein Toter einmal richtig - amtlich beglaubigt - tot ist, kann der Streit um die Erbschaft beginnen. Und er beginnt umso heftiger, je grösser die Hinterlassenschaft ist. Ist sie klein oder besteht sie gar nur aus Schulden, dann kann der Streit vermieden werden, und es kann jeder der am Erbe Beteiligten erklären, dass er ver-

zichte, dass er die Erbschaft nicht antrete.

Hitlers Hinterlassenschaft war ein Trümmerhaufen. Hitlers Erbe, sein Alleinarbe gewissermassen, war das deutsche Volk. Da gab es keinen Streit, und es gab auch nicht die Möglichkeit, die unheilvolle Erbschaft auszuschlagen. Obgleich es schliesslich doch eine grosse Hinterlassenschaft war.

Aber dann ergab sich, dass - getreu dem Ausspruch, dass man beim Untergang eines Landes genau so wie bei seinem Aufbau Geld verdienen kann - auch das Unglück ein Geschäft verspricht. Hitlers hinterlassener Trümmerhaufen barg auch die Notizblätter der in Aussprüchen zutage getretenen Erzeugnisse seines pathologischen Gehirns. In den "Tischgesprächen" gab der Athenäum-Verlag, Bonn, ein paar ansehnliche Bogen dieser gesammelten Aussprüche heraus. Schon sah man, dass also doch aus dieser Hinterlassenschaft etwas herauszuholen war, schon eilten Erben herbei, um den versäumten Erbschaftsstreit unverzüglich zu entfachen.

Der schweizer Verleger Genoud klagte gegen den Athenäum-Verlag, weil er von den berechtigten leiblichen Erben Hitlers das alleinige Urheberrecht für die "Tischgespräche" erhalten habe. Die Klage wurde jetzt von einem Düsseldorfer Gericht abgewiesen, weil laut Hitlers Testament nicht seine Verwandten, sondern die Partei und der Dömitz-Staat zu Erben eingesetzt wurden. Und so bleibt denn auch wohl nach Recht und Gesetz die Erbschaft am deutschen Volke hängen.

Nur ist dabei zu sagen, dass damit dennoch der Erbschaftsstreit nicht beendet ist. Er läuft bereits seit vielen Jahren, und er wird gewiss auch noch manches weitere Jahr laufen. Im Parlament der Bundesrepublik wird dieser Streit gelegentlich recht laut und deutlich vor unseren Augen ausgetragen. Wer im deutschen Volke den hinterlassenen Trümmerhaufen beseitigen soll, wer die Lasten tragen soll, das ist das Problem dieser Erbschaft, das nicht mit ein paar umstrittenen "Tischgesprächen" gelöst werden kann. Und es gibt leider kein Gericht, das hier nach Recht und Gesetz oder in salomischer Weisheit ein Urteil fällen könnte. Der Erbschaftsstreit geht weiter, und die Verteilung dieses Erbgutes, das nicht viel Gutes hat, kann allenfalls der Wähler - nach Recht und Gesetz - beeinflussen.